

DER PERSONALRAT

informiert

alle Beschäftigten an den allgemeinbildenden Schulen in der Region Neukölln

September 2026

Extremismus und Schule – Hinsehen, Zuhören und Haltung zeigen

Liebe Kolleg:innen,

Politik und Schule sind nur schwer trennbar und das politische Klima ist in den letzten Jahren rauer geworden. Parteien möchten Einfluss auf Bildungsinhalte nehmen und einige versuchen die Anpassung bis hin zur Streichung von Unterrichtsinhalten zu erreichen. Dazu gehören auch Parteien, die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem einstuft oder als rechtsextremen Verdachtsfall führt.

Wie soll, darf und kann Schule mit Parteien umgehen, die verfassungsfeindliche Inhalte vertreten?

Sind wir im Rahmen des Neutralitätsgebots verpflichtet, zu kritischen Inhalten zu schweigen?

Nein! Schulen haben nicht die Aufgabe, neutral im Sinne politischer Beliebigkeit zu sein. Ganz im Gegenteil! Nach §1 Schulgesetz hat die Schule einen klaren Bildungsauftrag: Sie soll junge Menschen zu demokratischem Denken und Handeln befähigen. Ziel ist die Entwicklung von Persönlichkeiten, die der Ideologie des Nationalsozialismus und jeder Form von Gewaltherrschaft entschlossen entgegentreten. Positionen, die die Menschenwürde und Gleichberechtigung angreifen oder den Nationalsozialismus relativieren, stehen dazu im Widerspruch.

Der Beutelsbacher Konsens verpflichtet Schulen nicht zur Neutralität gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen. Im Gegenteil: Schulen sind keine neutralen Räume gegenüber Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie haben vielmehr den Auftrag, junge Menschen gegen Hass, Ausgrenzung und antidemokratische Tendenzen zu stärken.

Handlungsempfehlungen

- **Thematisieren statt tabuisieren:** Greifen Sie demokratiefeindliche Aussagen von Parteien nicht nur im Politikunterricht auf - mit Quellen und dem Abgleich zum Grundgesetz.
- **Klare Haltung zeigen:** Bei rassistischen oder demokratiefeindlichen Äußerungen im Schulalltag gilt: Widersprechen, einordnen, dokumentieren. Wegsehen ist keine Option.
- **Schutzräume sichern:** Für betroffene Schüler:innen und Kolleg:innen muss klar sein: Unsere Schule duldet keine Ausgrenzung.
- **Fortbildungen besuchen:** Zum Beispiel bieten die Landeszentrale für politische Bildung, das Anne Frank Zentrum und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Fortbildungen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus an.
- **Schulische Gremienarbeit im Blick behalten:** Achten Sie darauf, dass Gesamtkonferenzen, Gesamtelternvertretung und Schulkonferenzen nicht für parteipolitische Agenden instrumentalisiert werden.

Rechtliche Orientierung und weitere Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal finden Sie in der Handreichung: „Mythos Neutralität – Demokratie stärken und Haltung zeigen im Schulalltag“ unter <https://schule-zeigt-haltung.org/>, sowie im Fachbrief Gesellschaftswissenschaften Nr. 59.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr Personalrat

PR-Info in Anlehnung an PR Reinickendorf und in Solidarität mit dem PR Charlottenburg-Wilmersdorf

Ihr Kontakt zum Personalrat der allgemeinbildenden Schulen in Neukölln:

Buckower Damm 114, 12349 Berlin, Tel. (030) 90249 -1741/1744

E-Mail: pr-neukoelln@senbjf.berlin.de

Website: www.berlin.de/gpr/oertliche-personalraete/neukoelln/

Sprechstunden: Montag und Donnerstag 13-16 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung



Webseite
PR-Neukölln